

**Deutschland-Landau: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen**

OJ S 94/2022 16/05/2022

**Auftragsbekanntmachung****Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

---

**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Ministerium für Verteidigung, vertreten durch das Amt für Bundesbau - ABB -, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Landau, vertreten durch d. Niederlassungsleitung

Postanschrift: Untertorplatz 1

Ort: Landau

NUTS-Code: DEB33 Landau in der Pfalz, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 76829

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): LBB NL Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-Mail: [VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de](mailto:VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de)

Telefon: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: <http://www.lbb.rlp.de>**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDY07T/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDY07T>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

**I.5. Haupttätigkeit(en)**

Verteidigung

**Abschnitt II: Gegenstand**

---

**II.1. Umfang der Beschaffung****II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

### **II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

### **II.1.3. Art des Auftrags**

Dienstleistungen

### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Die Leistungen des AN umfassen die Objektplanung Gebäude und Innenräume für Umbau-, Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen in den Leistungsphasen 2-9. Aufgrund von Eigenleistungen des AG entfallen Grundleistungen bzw. Teilleistungen von Grundleistungen. Daneben fallen folgende Besondere Leistungen an: Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Abbruch /Neubau oder Umbau Geb. 18 und Geb. 19; Erstellung Raumbücher sowie Übertragung in eine MS-Access-Datenbank; Abstimmung mit Bauleistiker; Erstellung Wartungsverträge; Erstellung Bestandspläne sowie Erfassung und Zusammenstellung alphanumerischer Bestandsdaten in Anlehnung an BFR GBestand, Überwachung der Mängelbeseitigung; Übertragung Planungs- und Kostendaten in PLAKODA.

Der AN erstellt gem. den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes die ES-Bau, EW-Bau sowie die Unterlagen für das Kenntnissgabeverfahren.

Nach Freigabe der EW-Bau erstellt der AN die Ausführungsplanung und die Leistungsbeschreibung nach Stlb-Bau. Er wirkt bei der Vergabe mit, übernimmt die Objektüberwachung während der Ausführung und die Objektbetreuung.

### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

## **II.2. Beschreibung**

### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB3E Germersheim  
Hauptort der Ausführung: Germersheim

### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Der Auftrag umfasst die Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI 2021 Leistungsphase 2-9 für die Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes für 900 Verpflegungsteilnehmer (Geb. 20), eines Lehrsaalgebäudes mit Lagerflächen (Geb. 18), sowie eines Trio-Gebäudes (Geb. 19) in der Südpfalz-Kaserne in Germersheim.

Die Gebäude 18 (altes Sanitätsversorgungszentrum), 19 (Pfalz-Kasino), 20 (Wirtschaftsgebäude) und 46 (neues Sanitätsversorgungszentrum -> nicht Bestandteil dieser Maßnahme) befinden sich im Zentrum der Liegenschaft an einer hufeisenförmig verlaufenden Erschließungsstraße. Die Gebäude 18, 19, und 20 wurden in den 1960er Jahren errichtet. Es besteht ein allgemein sehr hoher Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf. Auf Grund des Errichtersjahres ist von den damals typischerweise verbauten Schadstoffen in der Bausubstanz

auszugehen. Die entsprechenden Schadstoffgutachten für die drei Gebäude werden zu Planungsbeginn vorliegen.

Nach Umzug des SanVZ in Gebäude 46 soll das Gebäude 18 zukünftig als Lehrsaal- und Lagergebäude und das Pfalz-Kasino als Trio-Gebäude dienen. Die Nutzung des Gebäudes 20 als Wirtschaftsgebäude/Truppenküche bleibt bestehen.

Im Rahmen des liegenschaftsbezogenen Ausbaukonzeptes (LbAK) wurden 2019 die Flächen der Bestandsgebäude 18, 19 und 20 analysiert und mit dem Raumbedarf der Bundeswehr abgeglichen. Das LbAK kommt hierbei zu folgendem Ergebnis:

Gebäude 18: Der Raumbedarf inkl. Bewegungs- und Sanitärflächen beträgt ca. 1.289 m<sup>2</sup>. Eine Unterbringung von Lehrsälen im Bestandsgebäude erscheint möglich, wird jedoch als kostenintensiv eingeschätzt. Die Errichtung eines bedarfsgerechten Neubaus wird als wirtschaftlichere Maßnahme empfohlen.

Gebäude 19: Der Raumbedarf inkl. Bewegungs- und Sanitärflächen beträgt ca. 1.580 m<sup>2</sup>. Dem Bestandsgebäude mit ca. 1.007 m<sup>2</sup> fehlen somit ca. 573 m<sup>2</sup>. Ein Umbau- und Anbau erscheint wirtschaftlicher, als ein Ersatzneubau.

Gebäude 20: Der Raumbedarf inkl. Bewegungs- und Sanitärflächen beträgt ca. 1.763 m<sup>2</sup>. Das Bestandsgebäude mit ca. 3.668 m<sup>2</sup> weist somit einen Flächenüberhang von ca. 1.905 m<sup>2</sup> auf. Ein Ersatzneubau gilt als wirtschaftlichste Lösung.

Das Ergebnis Abbruch/Neubau für Gebäude 20 ist eindeutig. Die zu den Gebäuden 18 und 19 erfolgten Variantenuntersuchungen Umbau/Anbau oder Abbruch/Neubau zur Deckung des Raumbedarfs sollen vor Erstellung der ES-Bau durch eine erneute Wirtschaftlichkeitsuntersuchung aktualisiert und fortgeschrieben werden. Die ES-Bau sowie die weitere Planung sind auf Grundlage der hieraus resultierenden, wirtschaftlichsten Variante gemäß Musterplanungen der Bundeswehr zu erstellen.

Somit ist in jedem Fall die Planung und Überwachung des Abbruches des Bestandsgebäudes 20 Bestandteil des Auftrages. Je nach Ergebnis der Fortschreibung des LbAK kommen ggfs. auch der Abbruch des Gebäudes 18 und 19 hinzu. Hierbei sind die jeweiligen Entsorgungskonzepte aus den Schadstoffgutachten zu beachten.

Der Flächennutzungsplan der Stadt Germersheim weist das Gelände als Sondergebiet aus. Ein Bebauungsplan existiert nicht. Es gibt keine Vorgaben bzgl. der Höhenbegrenzung der Gebäude. Eine Überlappung der Abstandsflächen soll vermieden werden.

Grundlage für die Planung sind das LbAK, die ES-Bau Teil I-IV, sowie die entsprechenden Musterplanungen der Bundeswehr. Die Kostenobergrenze von brutto 20,72 Mio. Euro (KG 200-600) ist dabei zu beachten. Für die Errichtung des Wirtschaftsgebäudes ist die zuständige Leitstelle des BMVg, hier die Landesbaudirektion München, miteinzubinden.

Die Gebäude sind gemäß der gesetzlichen Vorgaben des GEG (GebäudeEnergieGesetz) zu errichten. Bei der Planung, Ausschreibung und Bauausführung der Funktionsgebäude ist eine niederschwellige Umsetzung des Leitfadens Nachhaltiges Bauen (BNB) zu berücksichtigen.

Die Bauleistungen für die Errichtung der Gebäude werden nach Leistungsverzeichnissen mit Einheitspreisen aufgestellt und vergeben. Für die Erstellung der Leistungsverzeichnisse ist das Standardleistungsbuch-Bau zu verwenden.

Bereits in Leistungsphase 2 sind Raumbücher gemäß Vorgabe des Auftraggebers zu erstellen und in den weiteren Leistungsphasen fortzuschreiben. In Leistungsphase 8 sind die Daten in eine MS-Access-Datenbank gemäß auftraggeberspezifischer Vorgaben zu übertragen.

Im Zuge einer zeitgleich laufenden Maßnahme wird die Medienversorgung der Liegenschaft erneuert.

Hierzu wird ein Bauleistender eingeschaltet. Die Maßnahme zur Errichtung der Gebäude 18-20 muss in der Logistikplanung mit aufgenommen werden. Daher ist entsprechende, maßnahmenübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bauleistenden zwingend erforderlich.

Auf Grund der Komplexität der Maßnahme soll der Datenaustausch über den Projektumfang abgeschlossen werden.

Es ist vorgesehen die ES-Bau spätestens Mitte April 2023 beim Maßnahmenträger zur Prüfung einzureichen. Der Baubeginn soll spätestens im Mai 2025, die Bauübergabe im November 2028 erfolgen.

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 84

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

#### **II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3 Höchste Zahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen ("Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb") aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz, Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, Beschäftigtenzahl, Zahl der Fachkräfte der Fachrichtung Architektur, Anzahl und Qualität der Referenzen, Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

#### **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

#### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der AG behält sich vor, aufgrund der Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen die Gebäude 18 und 19 entweder zu Sanieren bzw. Umzubauen oder Rückzubauen und durch Neubauten zu ersetzen.

Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen (LPH) nach § 34 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 2, 3 und 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5), Leistungsstufe 3 (LPH 6 und 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9).

Mit Vertragsschluss erfolgt zunächst die Beauftragung der Leistungsphase 2. Es ist beabsichtigt die weiteren o.g. Leistungen stufenweise zu beauftragen (Stufenvertrag). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungen sowie der besonderen Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

#### **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

#### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

Zu Ziffer II.2.7) Laufzeit des Vertrags:

Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Dauer von 4 Jahren für den Anspruch auf Mängelbeseitigung gem. § 13 Abs. 4 VOB/B

Angaben zur Verhandlung

Der AG behält sich vor, die Verhandlungsgespräche in Form einer Videokonferenz durchzuführen od. den Zuschlag auf Grundlage der mit dem Honorarangebot eingereichten Präsentationen zu vergeben, ohne Verhandlungsgespräche durchzuführen.

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

#### **III.1. Teilnahmebedingungen**

### **III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

.

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister (nicht älter als 2 Monate vor dieser Bekanntmachung) oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

.

Erklärung, ob die in den §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes).

.

### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

.

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung oder eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 3 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

.

Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den allgemeinen Jahresumsatz und den spezifischen Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

.

Als Mindeststandards werden gefordert:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der Arbeitsgemeinschaft mit einer Deckungssumme von mind. 3.000.000,- EUR für Personenschäden und von mind. 3.000.000,- EUR für sonstige Schäden bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers.

Der allgemeine Mindestjahresumsatz (brutto) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mind. 1.020.000,- EUR pro Jahr betragen und der spezifische Mindestumsatz brutto im Tätigkeitsbereich des Auftrags (Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mind. 680.000,- EUR pro Jahr betragen.

### **III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV, wie nachfolgend näher beschrieben, einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fachkräfte sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

- der Projektleiter (PL),
- der Bauleiter (BL),

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen.

Für den Bewerber/das Unternehmen, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, die in den letzten 10 Jahren ( Beginn ab 01.01.2012) erbracht wurden und die geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Mindestangaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- Kurzbezeichnung der Baumaßnahme
- Auftraggeber mit Name und Anschrift
- Bruttogeschossfläche (BGF nach DIN 277)
- Schwierigkeitsgrad (Honorarzone)
- erbrachte Leistungsphasen
- Leistungszeitraum (von/bis)
- Rechnungswert (Honorar, netto)

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten drei Jahren sowie die Zahl seiner Fachkräfte in der Fachrichtung Architektur ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Der Bewerber hat eine Erklärung beizufügen aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welches Gerät und welche technische Ausstattung er für die Dienstleistung verfügt (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV).

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Als Mindeststandards werden gefordert:

Der PL muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master bzw. Bachelor) der Fachrichtung Architektur und eine Berufserfahrung von mind 5 Jahren in dieser Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Der BL muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) der Fachrichtung Architektur und eine Baustellenpraxis von mind. 5 Jahren in der Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Für die Referenzobjekte gelten folgende Mindestanforderungen:

Bewerber/ das Unternehmen

Wertungskriterium 1:

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2 - 8 gem. § 34 HOAI) für die Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes der Bundeswehr / Truppenküche, einer Großküche oder einer Mensa mit mind. 500 qm BGF. Schwierigkeitsgrad: mind.

Honorarzone IV.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: LPH 8 oder Bauausführung abgeschlossen.

Wertungskriterium 2:

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 34HOAI) für die Errichtung eines Schulungsgebäudes, einer Fortbildungseinrichtung mit Seminarräumen, eines Verwaltungsgebäudes oder eines Bürogebäudes mit Großraumbüros mit mind. 500 qm BGF. Schwierigkeitsgrad: mind. Honorarzone III.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: LPH 8 oder Bauausführung abgeschlossen.

Projektleiter (PL)

Wertungskriterium:

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2-8 gem. § 34HOAI) für die Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes der Bundeswehr / Truppenküche, einer Großküche oder einer Mensa mit mind. 500 qm BGF. Schwierigkeitsgrad: mind. Honorarzone IV.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: LPH 8 oder Bauausführung abgeschlossen.

Bauleiter (BL)

Wertungskriterium:

Mind. 1 Referenz über die Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 6 - 8 gem.§ 34 HOAI) für die Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes der Bundeswehr / Truppenküche, einer Großküche oder einer Mensa mit mind. 500 qm BGF. Schwierigkeitsgrad: mind. Honorarzone IV.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: LPH 8 oder Bauausführung abgeschlossen.

Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten drei Jahren muss mind.11 Beschäftigte betragen.

Die durchschnittliche jährliche Zahl seiner Fachkräfte der Fachrichtung Architektur in den letzten drei Jahren muss mind. 7 Beschäftigte betragen.

Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

### **III.2. Bedingungen für den Auftrag**

#### **III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen und in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden und eine Bauvorlageberechtigung nach § 64 Abs. 2 LBauO Rheinland-Pfalz besitzen. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

Juristische Personen oder Bewerbergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist.

#### **III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

Die Bauarbeiten werden in einem militärischen Sicherheitsbereich ausgeführt. Es dürfen nur solche Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer am Wettbewerb teilnehmen, die ihren Geschäftssitz in einem NATO-Staat haben. Besucher aus Staaten mit besonderen

Sicherheitsrisiken haben grundsätzlich keinen Zutritt zu militärischen Sicherheitsbereichen (ZDv A-1130/1 "Anlage Staatenliste".) Die Staatenliste im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 17 SÜG und § 32 SÜG wurde festgelegt durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat.

### **III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

---

### **IV.1. Beschreibung**

#### **IV.1.1. Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### **IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### **IV.1.5. Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

#### **IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

### **IV.2. Verwaltungsangaben**

#### **IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 10/06/2022 Ortszeit: 23:59

#### **IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

#### **IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

## **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

---

### **VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

### **VI.3. Zusätzliche Angaben**

.

1).Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BGen sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen.

#### 2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

#### 3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

#### 4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) [www.vergabe.rlp.de](http://www.vergabe.rlp.de) einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich "Teilnahmeanträge" hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

#### 5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP [www.vergabe.rlp.de](http://www.vergabe.rlp.de) zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP [www.vergabe.rlp.de](http://www.vergabe.rlp.de).

Bekanntmachungs-ID: CXPLYDY07T

#### **VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### **VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 228499163

Internet-Adresse: <http://www.bundeskartellamt.de>

##### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

##### **VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Amt für Bundesbau -ABB-

Postanschrift: Wallstraße 1

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55122

Land: Deutschland

E-Mail: [postfach@abb-rlp.de](mailto:postfach@abb-rlp.de)

Telefon: +49 6131140880

Fax: +49 61311408810

Internet-Adresse: <http://www.abb-rlp.de>

#### **VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

11/05/2022